

Die "Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtag nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postweg ohne Postgebühr monatlich 2,50 M., bei Zustellung unter Postband 4,50 M. Die "Freiheit" ist in den ersten Nachtrag der Postgesetzgebung für 1919 eingetragen. Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Druckerei: Kurt Neuen 2095 und 2096.

Inserate haben die wichtigste, zuverlässigste aber deren Raum 1,20 M., Werbeanzeigen das festgesetzte Wort 50 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf. Leserkostenbeitrag 50 Pf. Familien- und Vereinstätigen ermäßigt der Zuschlag jezt. Inzerate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein. Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19. Fernsprecher: Kurt Neuen 2095

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# An das Proletariat Berlins!

Vor entscheidenden Tagen steht das deutsche Volk. Die Lebensbedingungen der Entente haben einen Entschlusseslaumel der bürgerlichen Schichten hervorgerufen, der mit jedem Tag seine wahren Absichten deutlicher entwirft. Diejenigen zernern jetzt am lautesten über den „Gewaltfrieden“, die die größte Schuld daran tragen, daß das deutsche Volk jetzt büßen soll, was seine herrschenden Schichten an Schuld auf sich geladen haben. Mit frecher Stirn leugnen sie jede Schuld, entrüsten sich mit den härtesten Ausdrücken gegen den Gewaltfrieden, den sie selbst den anderen auferlegen wollten und fordern die Ablehnung der Friedensbedingungen.

Schlüsslos schwankt die Regierung hin und her. Weder sie, noch die rechtssozialistische Partei vermag sich in dieser Frage zu einer klaren und deutlichen Stellungnahme aufzuschwingen. Geseffelt durch ihre unselbige Reichspolitik, durch ihre Abhängigkeit von den Militaristen und Kapitalisten kann und will sie dem nationallistischen Laumel kein entschiedenes Halt entgegenstellen. Zwar gilt ihr bereits ausgesprochenes „Annehmbar“ nur den Friedensbedingungen der Entente, wie sie jetzt vorliegen, aber es unterliegt keinem Zweifel, daß ihre unentschlossene Haltung sie zu Gefangenen der Nationalisten gemacht hat und sie immer weiter dem Abgrund zutreibt, in den das deutsche Volk gerissen wird, wenn die Unterzeichnung des Friedensvertrages abgelehnt wird und ein neuer Krieg beginnt. Die Worte, die Oberl gestern in seinen verschiedenen Ansprachen gebraucht hat, zeigen, daß die Regierung jetzt bereits die Gekker nicht mehr los wird, die sie selbst gerufen hat.

Gegen diese frevelhafte Politik muß das arbeitende Volk Berlin den allerentschiedensten Einspruch erheben. Es muß zeigen, daß die ungeheure Mehrheit auch der Bevölkerung Berlins nicht willens ist, sich in neue Abenteuer stürzen zu lassen.

Diejenigen, die die Ablehnung des Friedensvertrages fordern, haben uns bisher nicht gesagt, was sie davon erhoffen. Der Gedanke, daß die Nichtunterzeichnung den sofortigen Ausbruch der Weltrevolution zur Folge haben könne, ist unsinnig. Wohl aber wissen wir, daß der Friedensvertrag in seiner gegenwärtigen Form so starke Reime der Zerlegung enthält, daß seine Revision früher oder später unausbleiblich wird. Die ökonomischen Interessen des Proletariats in den Ententeländern werden dafür sorgen, daß die Stunde kommt, in der diese Fessel dem deutschen Volk abgenommen wird.

Die Nichtunterzeichnung des Friedensvertrages aber beschwört die ungeheuerlichsten Folgen auf das deutsche Volk herab. Hungersnot und Massenarbeitslosigkeit würden die verheerendsten gesundheitlichen und wirtschaftlichen Wirkungen ausüben. Jeder Widerstand gegen die Entente ist unmöglich. Die Nichtunterzeichnung jetzt würde die Unterzeichnung in einigen Wochen unter wahrscheinlich viel härteren Bedingungen zur unausbleiblichen Folge haben.

Die Unterzeichnung des Friedensvertrages ist deshalb notwendig. Sie bedeutet nicht das Einverständnis mit seinen Bedingungen, sondern sie erfolgt, weil das deutsche Volk durch einen mehr als vierjährigen Krieg erschöpft, den Friedenszustand zum Wiederaufbau seiner Wirtschaft, als Vorbedingung für seine Lebensmöglichkeiten dringend gebraucht. Wir unterschreiben, weil wir gewungen sind, in der Erwartung, daß die Proletarier aller Länder uns in seiner Bekämpfung durch die Weltrevolution unterstützen werden.

### Arbeitendes Volk von Berlin!

Es gilt, die Gefahren zu erkennen, in die uns der nationallistische Laumel zu stürzen droht. Es gilt, in einer gewaltigen Massenkundgebung darzutun, daß das Proletariat Berlins nicht gewillt ist, sich für irgendwelche nationallistischen Zwecke mißbrauchen zu lassen. Auch wir wollen auf die Straße gehen und wir

wollen zeigen, daß hinter uns die werktätige Bevölkerung Berlins steht. Wir, die wir unter der Verlängerung des Kriegszustandes, der Blockade, der Hungersnot, dem Massenelend am meisten zu leiden hätten; wir müssen zeigen, daß die Nationalisten nur eine verschwindende Minderheit darstellen.

Erscheint deshalb alle am Mittwoch abend 5 Uhr im Lustgarten! Gestaltet die Kundgebung der U. S. D. zu einer Kundgebung gegen den Nationalismus, für den Sozialismus, gegen den Gewaltfrieden und für die Weltrevolution!

### Der Friedensentwurf ein schwankendes, morsches Gebäude.

Berlin, 17. Mai.  
W. T. S. meldet: Der Artikel, den Marcel Sembat in seiner Zeitung „L'Heure“ heute veröffentlicht, gibt den Eindruck über die Friedensfrage für Frankreich eine neue Wendung. Sembat weist darauf hin, daß die Vorgehensweise, welche die französische Regierung jetzt betreibt, nur zum Schaden Frankreichs beibehalten werden könne. Er fragt: Wo ist Rußland? Rußland ist abwesend — wirz es immer abwesend sein? Ohne Rußland kein Europa. Ob man will oder nicht, Rußland ist da. Der Friedensentwurf stellt es an die Seite Deutschlands. Deshalb muß ein ungeheures Polen errichtet werden, das den Osten Europas beherrschen soll. Dieses Polen muß so mächtig sein, daß es Deutschland in Schach halten kann, es soll eine unüberbrückbare Schranke zwischen Deutschland und Rußland leben. Ohne Wahl werden deshalb Polen angesetzt: Litauer, Ukrainer, Tschechen, Russen und Deutsche. Nach Ansicht Sembats kann dies nur herabgeführt sein, denn sobald Rußland erwache und die Barrieren lebe, die man zwischen ihm und Deutschland aufgerichtet habe, werde es sie niederreißen. Das Polen der Entente müsse den Frieden Europas bedrohen. Deutsche und Russen müßten sich eines Tages gegen Westeuropa wenden, doch sei der Friedensentwurf ein schwankendes morsches Gebäude, das bald zusammenstürzen müsse.

In seiner Nebenabgabe stellt auch der „Temp“ eine ähnliche These auf und sagt, man brauche Rußland, um Frieden zu schließen; aber das offizielle Organ kommt zu anderen Ergebnissen wie Sembat. Es verlangt Anerkennung der Regierung des Admiral Koltschak und wählt für dessen Unterthänigkeit, damit er mit starker Gewalt die Bolschewistenregierung niederrennen kann.

### Der Protest der englischen Arbeiter.

(Eigener Drahtbericht der „Freiheit“)  
Amsterdam, 17. Mai. Das rechtssozialistische englische Wochenblatt „New Statesman“ erklärt, Frankreich verheere sich die moralische Unterstützung der englischen und amerikanischen Demokratie, indem es an den geforderten Bürgschaften festhält, Deutschland 30 Jahre schuldig macht und den Kriegszustand 15 Jahre fortsetzt.  
„Manchester Guardian“ kündigt einen Aufruf der Gewerkschaften an, der zur Nichtteilnahme an der Siegesfeier und zur Abhaltung eigener Demonstrationen gegen den an den Arbeitern im Friedensvertrag verübten Betrug auffordert.

Wie wir bereits vor einigen Tagen mitteilten, unterliegen alle Telegramme für die „Freiheit“ einer militärischen Zensur, so daß wir erst mit einer Verspätung von mindestens 24 Stunden in ihren Besitz gelangen. Die Unterzeichnung unserer Zeiter über die so ungemein wichtigen Botschaften bei den englischen und französischen Arbeitern ist und dadurch ungemein erschwert. Trotzdem: wir haben keine Zensur, wir leben im freiesten Staat der Welt!

### Kriegszustand zwischen Rußland und Rumänien.

Amsterdam, 18. Mai.  
Das Deutsche Bureau meldet, daß die Russen ein Ultimatum an Rumänien gerichtet haben. Beide Länder befinden sich im Kriegszustand.

### Gegen die außerordentlichen Kriegsgerichte.

Von Kurt Voenheim.

Im Moskiter Kriminalgerichtsgebäude kost das außerordentliche Kriegsgericht. Am Richterlich ein Vandaerichtsdirektor als Vorsitzender, ein Vandaerichtsrat, zwei Majore und ein Hauptmann als Richter. Der Angeklagte, Arbeiter, Sozialdemokrat, ist der Weibliche zum Aufrubr angeklagt. Er soll bei den Kämpfen in Vichtenbera den Widerstand gegen die Kaiserarmeen unterstützt haben. Der Staatsanwalt beantragt 5 Jahre Zuchthaus. Bergeblisch plädiert der Verteidiger auf Freisprechung, da eine Teilnahme des Angeklagten nicht erwiesen ist. Das Gericht verkündet das Urteil: 3 Jahre Zuchthaus.

Aufruf der nächsten Sache. Der Angeklagte wird abgeführt, um nach einigen Tagen in das Zuchthaus überführt zu werden.

Taa für Taa stehen seit Monaten Arbeiter, frühere Parteigenossen der sozialistischen Minister als Angeklagte vor den außerordentlichen Kriegsgerichten. Bei den Berliner Unruhen, die Anfang März d. J. stattfanden, sind Tausende von Arbeitern verhaftet worden, die vor den außerordentlichen Kriegsgerichten den härteren Kampf um ihr Recht, um ihre Freiheit kämpfen müssen. Die Anklage ist immer die gleiche: Aufrubr, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Weibliche zu beiden Delikten, in einigen Fällen Verleitung von Soldaten zur Untreue. Die Tat selbst ist rein politischen Beweggründen entsprungen. Ihre Beurteilung, ihre Verurteilung, das Strafmaß, all dies hängt von der Willkür des Gerichts ab, sich in die Seele der Massen, in ihre Ruas, ihre Ziele hineinzufühlen.

Die Stellung des Gerichts zur Revolution findet notwendigerweise im Urteil des Gerichts seinen Niederschlag. Darum mußte die Regierung, in der in der Mehrzahl Sozialdemokraten sitzen, zum wenigsten da, wo es sich um politische Delikte handelt, das Erfurter Programm, das ja auch ihr Programm ist, durchführen. Sie mußte die Angeklagten vor ein Volksgericht stellen. Volksrichter müßten über politische Vergehen urteilen. Die Regierung erfüllte diese Forderung nicht. Während sie aber im Januar bei den Spartakusprozessen sich wenigstens auf den Boden des bürgerlichen Rechtsstandes stellte, während sie damals die ordentlichen Gerichte über Verhandlungen, die sie selbst im November strafflos beantragen hatte, aburteilen ließ, brach sie im März auch mit dem bürgerlichen Rechtsstand und stellte sich vollkommen auf den Boden des Militarismus.

Gestützt auf den Belagerungszustand, der ihr allein als sichere Grundlage ihrer bedrohten Macht diente, lieferte die Regierung die Freisprechung den außerordentlichen Kriegsgerichten aus. Offiziere, Berufssoldaten, die ihrer Einkommensweise nach den Angeklagten im politischen Prozesse nicht unparteiisch gegenüberstehen können, wurden die Richter über ihre politischen Geanten.

Und das Unrechtlichste: Mit dem Spruch des außerordentlichen Kriegsgerichts ist das Verfahren ein für allemal zu Ende. Es gibt keine Berufung, keine Revision. Von der Spruch des außerordentlichen Kriegsgerichts hundertmal ein Fehlurteil, mag die Rechtsauffassung unbillig sein, der Angeklagte hat nicht das Recht, ein überausordentliches Gericht zur neuen Entscheidung anrufen. So, selbst die Wiederaufnahme des Verfahrens ist nicht zulässig. Bei jedem ein Zeug vor Gericht einen Meineid schwören, findet der Angeklagte nach seiner Verurteilung keinen, Me sein Mißli für die Zeit der Tat einwandfrei nachweisen können, das Urteil des außerordentlichen Kriegsgerichts ist nicht aus der Welt zu schaffen.

Vor den außerordentlichen Kriegsgerichten ist der Bekundigte rechtlos. Die Strafprozedur, auf die sich im Verfahren vor den ordentlichen Gerichten die Rechte des Angeklagten ausüben, gibt nicht vor den außerordentlichen Kriegsgerichten. Hier ist der Satz des Verfahrens, die And die Befugnisse des Angeklagten völlig in das Ermessen des außerordentlichen Kriegsgerichts gestellt. Seine Rechtsloshheit beginnt schon im Augenblick seiner Verurteilung. Nach der Strafprozedur, im Verfahren vor den ordentlichen Gerichten kann die Verurteilung nur erfolgen, wenn ein schriftlicher Befehl des Richters vorliegt, der genau die Tat und das Strafmaß, gegen das ein Beweis vorliegt,

**Kauf.** Die Vernehmung des Beschuldigten muß spätestens am nächsten Tage vor einem Richter erfolgen, der auf Grund der Vernehmung über die Fortdauer der Haft zu entscheiden hat. Erfolgt die Freilassung nicht, so hat der Beschuldigte die Haftbeschwerde.

Anderer vor den außerordentlichen Kriegsgerichten, wo die Strafprozedur nicht gilt. Auf Anordnung des Militärs sind alle die vielen Tausende, die die Gefängnisse bevölkern, festgenommen worden. Dieselben Offiziere, die Führer der Reitertruppen gegen die Aufständischen waren, die durch die brutale Tötung der Gendarmen der 1. Lichtbergener Polizeibrigade mörderisch ausstachelt waren, — sie bestimmten den Preis der Personen, die verhaftet werden sollen. Und sie verhafteten nicht nur diejenigen, denen eine bestimmte Tat vorzuwerfen wurde, nein, viele Verhaftungen erfolgten, weil die Gefinnung des Beschuldigten ihnen verdächtig war, weil ein Spitzel den Verhafteten als „Spartakisten“ bezeichnet hatte.

Die Verhafteten brauchen nicht spätestens am nächsten Tage vernommen zu werden. Menschen, die völlig unschuldig waren, die nach ihrer Vernehmung sofort freigelassen wurden, saßen acht Tage oder noch länger, bis ihre Vernehmung erfolgte. Und die Unschuldigen, die unschuldig waren und nicht freigelassen wurden, hatte nicht einmal das Beschwerderecht.

Aus der Fülle der unhaltbaren Urteile, die die außerordentlichen Kriegsgerichte gefällt haben, erlaube ich einige zur Charakterisierung heraus.

Das außerordentliche Kriegsgericht beim Landgericht III in Berlin hat unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Comte und Mitwirkung der Beisitzer: Landgerichtsrat von Meerfeld-Dilleßen, Major Riehn, Major Wendland, Major Wagner am 3. April 1919 den Arbeiter Paul Vetter wegen Weibhülle zum Widerstand gegen die Staatsgewalt zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt. Nach den christlichen Urteilsgründen hat Vetter am 8. März 1919, während in Lichtbergener Reitertruppen von Aufständischen bekämpft wurden, zur Unterstützung von Aufständischen beim Kampfe auf Geheiß von Soldaten, zwei Maschinengewehre, mehrere Gewehre und Munition auf einem Handwagen besorgt und in der Hauptstraße mit abgeladen, wo die Maschinengewehre zu dem Kampfe auf der Straße in Stellung gebracht wurden. . . Der Fall der Wollkamm liegt nicht vor.

Vetter, der als Arbeiter seit 20 Jahren in der gleichen Fabrik, der Anilinfabrik in Berlin, tätig war und dem sein Arbeitgeber Dr. Seemann das Renais eines ruhigen und pflanzlichen Arbeiters ausstellte, hatte behauptet, daß er von Soldaten zum Transport des Wagens gezwungen worden sei.

Die Auffassung des außerordentlichen Kriegsgerichts, daß in dem Verhalten des Angeklagten eine Weibhülle liegt, ist nicht haltbar. Nicht daraus kommt es an, ob Vetter die Waffen zur Unterstützung von Aufständischen mit befördert hat, sondern darauf, ob er tatsächlich durch die Beförderung unterstützt hat. Ob er mit der Waffenbeförderung etwas Böses bezweckte, ist juristisch völlig gleichgültig. Juristisch ist allein von Bedeutung, ob die Waffen tatsächlich bei den Kämpfen gebraucht worden sind. Läßt sich dies feststellen, so war Vetter, falls die Wollkamm zu verurteilen war, der Weibhülle schuldig. Läßt sich diese Feststellung nicht treffen, so mußte er freigesprochen werden.

Das Gericht stellt in den schriftlichen Urteilsurteilen nun zwar fest, daß die Maschinengewehre zum Kampfe, der übrigens erst mehrere Tage später stattfand, auf der Straße in Stellung gebracht wurden. Diese Feststellung ist aber unrichtig. Die Hauptverhandlung hat gerade hier einwandfrei ergeben, daß die Maschinengewehre, da sie unbrauchbar waren, nicht aufgestellt, sondern in einem Eisenladen beiseitegestellt wurden. Mit den Maschinengewehren ist also den Reitertruppen, als sie mehrere Tage später einrückten, kein Widerstand geleistet worden. Vielleicht mit den anderen Waffen? Wir wissen es nicht. Traudelins Feststellung in dieser Hinsicht hat das Gericht nicht treffen können und auch nicht getroffen. Sind die Waffen aber nicht gebraucht worden, dann konnte Vetter wegen Weibhülle nicht bestraft werden. Denn wenn etwas juristisch völlig klar und unstrittig ist, so ist es dies: weagen Weibhülle kann eine Verurteilung nur erfolgen, wenn überhaupt eine strafbare Handlung vorliegt, zu der Weibhülle geleistet ist. Da eine solche Handlung hier nicht festzustellen ist, da nicht nachgewiesen ist, daß die Waffen zum Widerstand gegen die Reitertruppen tatsächlich benutzt worden sind, mußte Vetter mangels Beweises freigesprochen werden. Seine Verurteilung muß jedes Rechtsgefühl aufheben.

Von dem gleichen Kriegsgericht unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Comte und Mitwirkung der Beisitzer: Landgerichtsrat von Meerfeld-Dilleßen, Major Wendland, Major Riehn, Hauptmann von Kerber, wurde am 1. April 1919 der Arbeiter Bruno Grünwald wegen Weibhülle zum Widerstand gegen die Staatsgewalt zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Der Tatbestand: Der Bruder des Verurteilten, Erich Grünwald, hatte bei den Kämpfen in Lichtbergener Wäldern auf dem von beiden Brüdern gemeinsam bewohnten Grundstück abgeladen. Am Tage nach der Abladung der Waffen erkrankte ein Mann, dessen Persönlichkeit nicht festgestellt ist, auf dem Grundstück und fragte Bruno Grünwald, ob sich hier nicht Waffen befänden. Bruno Grünwald verwies ihn an seinen Bruder Erich, der dann die Waffen herausgab. Das außerordentliche Kriegsgericht hat die Weibhülle darin gesehen, daß Bruno in den Händen seines Vaters die Waffen zur Verwendung für Kämpfe am folgenden Tage verbara.

Auch das Urteil ist juristisch unhaltbar. Wer die Waffen abgeholt hat, ist nicht ermittelt. Ebenso wenig ist erwiesen, was mit den abgeholtten Waffen angedacht ist. Möglicherweise unbekannt die Absicht gehabt hat, die Waffen zum Kampfe zu verwenden, möglich, daß er diese Absicht ausgedrückt hat, möglich, daß er sie nicht ausgedrückt hat, daß er sie überhaupt nicht ausführen konnte. Das Gericht stellt auch selbst nicht fest, daß die Waffen tatsächlich zum Kampfe gedient haben. Was es feststellt, ist einzig und allein, daß Bruno Grünwald die Waffen für Kämpfe am folgenden Tage verborgen habe. Auch das ist übrigens nicht zutreffend, da nicht Bruno, sondern Erich Grünwald die Waffen verborgen hatte. Aber angenommen, selbst Bruno Grünwald hätte die Waffen verborgen, mit dem Verbergen der Waffen hat er doch nicht zum Widerstand gegen Reitertruppen Weibhülle geleistet. Auch nicht damit daß er nach dem Urteil des Gerichts sie für Kämpfe verbara,

daß also keine Absicht bei der Verbergung war, die Waffen zum Widerstand zu gebrauchen. Das Urteil — 5 Jahre Zuchthaus — ist ein altester Rechtsbrauch.

(Ein zweiter Artikel folgt.)

## Bürgerliche Protestkundgebungen.

Bestern stand Berlin im Zeichen bürgerlicher Protestkundgebungen gegen die Friedensbedingungen. Solche Kundgebungen wie sie sich zu sozialistischen Kundgebungen zu sammeln pflegen, waren allerdings nicht zu leben.

An einigen Stellen, so in den Versammlungen der „Arbeitsgemeinschaft“, hörte man etwas gemäßigtere Stimmen. Im allgemeinen aber war der Geist dieser bürgerlichen Kundgebungen nicht viel anders als der von 1914. Keine Spur von ruhiger Ueberlegung und sachlicher Kritik. Ueberall sentimentale Klagen, Proteste und Entrüstungen, die sich oft zu törichten Drohungen und dem berühmten „Schrei nach Rache“ steigerten.

### Die „Auslandsdeutschen“

gegen als erste in die Wilhelmstraße. Die Deputation wurde von Ebert empfangen, und von der Reichskanzlei aus redete Unterstaatssekretär Albert zu den Demonstranten, indem er ihnen versicherte, daß die Regierung auf dem Standpunkt stände, daß man die Bedingungen nicht annehmen könne.

### Die Deutschösterreicher und Deutschböhmen

hatten den Wilhelm- und den Leipziger Platz für ihre Protestkundgebungen gewählt. Die Zahl der Teilnehmer wuchs auf vier- bis sechstausend an. Es sprachen Hugo Hartmann, Dr. Ullmann und im Namen der Reichsdeutschen Richard Fischer und Eder-Neub.

Die Redner wandten sich weniger gegen die harten Friedensbedingungen, als gegen jeden Versuch Deutschösterreich von Deutschland getrennt zu halten. Ob aber Beschimpfungen, wie Geheimrat Brandel (Deutsch-Litauer), sie gegen die Entente aussprach, indem er von „Mäuberhänden“ sprach, das geeignete Protestmittel sind, erscheint immerhin ein wenig zweifelhaft. Die übrigen Redner hielten sich mehr zurück.

Zum Schluß sprach Scheidemann von einem Fenster der Reichskanzlei aus. „Gott sei mit uns“, sagte er, „denn die Entente uns zu trennen, so läßt sich doch der Schrei des Blutes auf die Dauer nicht unterbinden.“

### Die Arbeitergemeinschaft

für Staatsbürgerlich und wirtschaftliche Bildung hatte außer den fünf Saalversammlungen zu einer Kundgebung auf dem Hindenburgplatz gerufen. Dr. Magnus Hirschfeld, Magimilian Pfeiffer und Georg Davidsohn waren die Redner. Pfeiffer nannte den Friedensvertrag „das schrecklichste Nachweil, das je die Welt gesehen habe“, Davidsohn setzte seine Hoffnung auf das Proletariat der Ententeländer, während Dr. Hirschfeld das Ziel von einem allgemeinen Welt-Sozialismus erwartete zu können glaubte.

Hier, wie in den Saalversammlungen, in denen u. a. Eduard Bernstein, Dr. Michalis, Frau Juchacz, Ridel und Adole Schreiber sprachen, wurde eine Resolution angenommen, in der es heißt:

„Wir können nicht dulden, daß 60 Millionen Menschen zu Sklaven werden. Alle Stände und Parteien sind sich einig, daß jede Vergewaltigung des Deutschen ebenso abzuhören ist, wie die Vergewaltigung eines anderen Volkes. Wir wollen kein neues Blutvergießen. Ein Wille und ein Ziel ist in allen lebendig: „Gegen Vergewaltigung — für Völkerverständigung.“ Wir fordern das Festhalten an Wilsons 14 Punkten. Wir fordern einen Frieden, der die Grundlage für den Völkerverständigung bildet.“

Aus allen diesen Versammlungen bildeten sich Demonstrationen, die sich in der Wilhelmstraße zu einem Zuge von etwa 10.000 Teilnehmern vereinigten. Eine Deputation wurde vom Reichspräsidenten Ebert empfangen, der in einer Ansprache u. a. folgendes sagte:

„Im Namen der Regierung kann ich Ihnen versichern: Wir können und werden diesen Frieden nicht unterschreiben! Schwere Tage sehen und bevor. Helfen Sie uns! Lassen Sie es nicht bei dieser einen Demonstration bewenden. Das ganze deutsche Volk muß sich hinter uns stellen und uns stützen in dem Kampf um den Frieden, der uns Recht und Lebensmöglichkeit sichern soll.“

Als darauf die dräuende Menge ihn selbst zu sehen verlangte, sprach Ebert noch mal vom Fenster aus und unterschrieb seine Ausführungen in dem er sagte:

„Niemand darf sich ein Volk von 70 Millionen solche schmachvollen Bedingungen gefallen lassen.“ (Stürmischer Beifall.) Die deutsche Regierung wird diese Bedingungen nie und nimmer annehmen. Wir lehnen sie ab, mag da kommen, was auch kommen mag.“

Nach minutenlangem Beifall stimmte die Menge dann „Deutschland, Deutschland über alles“ an.

### Deutschen Liga für Völkerverständigung

im Verhörensoal veranstalteten Kundgebung wurden nach Ansprachen von Geheimrat Brentano (München), Regien, Frau Marie Juchacz und Professor Raus eine Resolution angenommen, in der schärfster Einspruch erhoben wird gegen die Entrechtung der Arbeiter durch einen „Frieden der Gewalt und Ungerechtigkeit“. Wird dieser Friede, der seinen Namen nicht verdient, Wirklichkeit, dann bringen nicht nur Sozialverleumdung und Arbeiterschlag, sondern auch Gewerkschaften und Genossenschaften, die ganze Selbstverwaltung oder Arbeit in Tarifverträgen und Arbeitsgemeinschaften zusammen. Die Gefinnung dieses Friedens, der Deutschland aus dem Völkerverständigung ausschließt, der hinter dem Weltarbeitertum kapitalistische Profitgier nicht verbergen kann, die Weltanschauung, die dieser Friede schützen soll, muß entschieden abgelehnt werden.

### Die deutschen Erwerbslosen

d. h. der Handwerks- und Gewerbelammertag, der Reichsausschuß der Landwirtschaft usw., protestierten in den Sommerfesten. Hier wurde nicht anderes als die alten nationalen Phrasen laut. So nannte ein Herr Cesar Heimann, der im Namen des Einzelhandels sprach, die Ententevölker schamweg „Raubritter“ und rief: „Wagen sie kommen und sich holen, was sie können!“ Diese Phrasen schienen sich ganz in die Stimmung von 1914 hineinzutragen. Sie haben im Krieg nichts gelernt.

Nicht viel anders war die Stimmung im Ungarn. Die protestierten gemeinsam

### Die vier bürgerlichen Parteien.

Es sprachen Kemmers (Demokrat), Pfarrer Hermann (Volkspartei), sowie Lamerenz, Steigert, Frenzel für die Christlichen und Nationalen. Der Inhalt der Reden war annähernd bei allen der gleiche. „Hinweg mit diesem Dokument der Schand!“ „Immer wieder mußte der Regierung zugestimmt werden, daß sie uns nicht für das Aussehen der Mitglieder ausländischer Lebensmittellieferanten zu Gelsten und Arbeitsklaven für die ganze Welt machen dürfe.“ „Wir wären ehelos und würdig unterzugehen, wenn wir usw.“ „Nag kommen was da will — — —“ „Keine Parteien und Standesunterschiede — — —“ „Das waren so die immer wiederkehrenden Phrasen. Also nicht viel anders als 1914.“

Am tollsten aber ging es in der Versammlung des

### Offiziers- und Mannschaftenbundes für Heimatschutz

im Birkus Busch zu. Der Vorsitzende Herr v. Reibnitz eröffnete die Versammlung, indem er sagte: „Der Heimatschutz ruft alle auf, ob jung oder alt, ob arm oder reich, zusammen zu stehen. Ehe wir uns diesen Teufeln überlassen und dahinstirben, wollen wir versuchen, uns zu wehren.“ In diesen Einnahmen sprach auch die übrige Redner. Oberleutnant Graf Verthorff stellte ausdrücklich fest, daß nicht der Kaiser und nicht preußischer Militarismus, sondern englische und französische Raubsucht und Habgier den Krieg angezettelt habe. Als der Kommunist, Genosse Vorwardt das auf entgegengesetzter Seite, wurde er einfach niedergeschrien.

Mit Beschrei haben diese Herrschaften 1914 den Krieg eingeleitet. Mit demselben Beschrei erscheinen sie jetzt zum Friedensschluß. Ob sie glauben, daß dies Beschrei in Paris auch nur den geringsten Eindruck machen wird?

## Deutschlands Ernährungsnot.

In den letzten Wochen hat die Bereitwilligkeit der Landwirte, ihre Erzeugnisse den Vorschriften gemäß abzuliefern, immer mehr nachgelassen. Der Schleichhandel wächst besser denn je, die Ernährungsverhältnisse sind für die Wälder der Bevölkerung immer schlechter geworden, und nur die Zufuhren von ausländischen Lebensmitteln haben eine kleine Erleichterung gebracht. Trotzdem spielt man mit dem Gedanken der Nichtunterzeichnung des Friedensvertrages, deren erste Folge sein würde, daß alle Zufuhren ausbleiben und wir nur auf das Wenige angewiesen wären, was uns die Landwirte liefern würden. Das Reichsernährungsministerium erlaubt jetzt folgenden „Aufruf an die deutschen Landwirte“:

„Die Gefahr, die für den Bestand unseres Volkes durch den von unseren Feinden und angebotenen Gewalttätigen heraufbeschworen ist, hat das ganze Volk in allen seinen Schichten und Parteien in gerechte Empörung und Sorge versetzt. Der Hungerkrieg hat die Entente trotz Waffenstillstand gegen uns weitergeführt, indem sie die Blockade aufrechterhielt. In dem für uns ungünstigen wirtschaftlichen Augenblick überreicht sie nun die Präliminarien zu einem Gewaltfrieden. Die Vorräte der letzten Ernte gehen zu Ende und von Tag zu Tag sind wir mehr und mehr auf die Güter von Lebensmitteln angewiesen. Der Hunger soll zum Untergang führen.“

Um in dieser furchtbaren wirtschaftlichen Zwangslage zu helfen, muß Stadt und Land, das ganze Volk zusammenrücken. Das Land muß mit der Tat voran. Der letzte erhebliche Rest der notwendigen Nahrungsmittel ist zu liefern. Vor allem muß die Ablieferung von Fleisch, Milch, Fett und Kartoffeln reichlicher werden. Die lockenden Angebote des Schleichhandels dürfen in diesen Stunden keinerlei Bedeutung für den armeren Schichten der Stadt entziehen. Nur durch regelmäßige bessere Lieferung ist unterer durch die Hungerjahre des Krieges entwerteten Bevölkerung wieder frische Nahrung und die notwendige Energie zum Wiederaufbau unserer wirtschaftlichen Lebens zu geben. Wer jetzt vorhandene Nahrungsmittel bereitstellt, leistet dem Volk in schmerzlicher Stunde einen großen Dienst und erfüllt eine Pflicht, der sich niemand entziehen darf, der dem Wohle des Vaterlandes dienen will. Bessere Ernährung bedeutet erhöhte Arbeitsleistung, heißt den Weg auswärts zur lebenskräftigen Entwicklung des deutschen Volkes.

Die schwachen Heilen fordern, daß das Deutsche Volk Verantwortung jedes einzelnen der Angehörigen überträgt. Es genügt nicht, mit Worten und Reden allein zu protestieren — der große Protest ist die Tat.“

Die Hoffnung dürfte das Reichsernährungsministerium wohl selbst nicht hegen, daß die Landwirte sich nun aus Patriotismus befehligen, ihrer Ablieferungspflicht voll zu entsprechen. Denn von diesem Patriotismus selbst in den Kriegsjahren, wo es galt, das „Durchhalten“ zu ermöglichen, nur sehr wenig zu spüren gewesen. Und wenn jetzt durch die Nichtunterzeichnung der Friedensbedingungen alle Zufuhren eingestellt werden, dürfte eher das Gegenteil eintreten. Dann werden die Märkte zumal einmal sich selbst vor dem Hunger zu schützen suchen, was über abzugeben haben, wird nur zu den unteren Schichten im Schleichhandel von den reicheren Schichten erworben werden können. Deshalb wird dieser Appell des Reichsernährungsministeriums nicht daran ändern, daß uns nur ausländische Zufuhren vor der Ernährungsnot schützen können.

### Zwischen zwei Stühlen.

Das Reichswirtschaftsministerium will bekanntlich von einer wirklichen Sozialisierung nichts wissen. Es hat, an seiner Idee, Anwartschaften für die Industrie zu denken, die durch Reichsanstalten, zu gleichen Teilen Arbeitern und Unternehmern bestehend, geleitet werden sollen. Sie sollen, wie es in einer Erklärung über die künftige Gestaltung des Wirtschaftslebens unter Wahrung des Gemeinwohls die Wirtschaftspolitik des Gemeinwohls im Wege der Selbstverwaltung fördern, die Behörden beraten und die ihnen von den Ministern des Reichs und der Bundesstaaten übertragenen Arbeiten durchführen. Die Reichsanstalten sollen auch die Produktion regeln.

Wir halten diesen ganzen Plan, der einen Kampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus darstellt und die Nachteile des Kapitalismus ohne seine Vorzüge

werden würde, für völlig verfehlt. Auf der anderen Seite beginnt bereits die liberale Presse gegen diese Pläne mobil zu machen und die Wiederherstellung der Freiheit des Wirtschaftslebens zu fordern. Daß bei der Zusammenlegung des Koalitionsministeriums aus allen Plänen nichts wird, sondern daß es bei dem sinnlosen Fortwurseln bleiben wird, ist sicher. Das Wirtschaftsministerium sitzt mit Clemons zwischen zwei Stühlen auf der Erde.

### Rücktritt Paderewskis.

London, 16. Mai. (B. T. Z.)

„The Post“ meldet aus Warschau vom 15.: Paderewski hat seine Entlassung als Ministerpräsident gegeben; sie wurde dem Landtag nicht angenommen. Die Krise ist darauf zurückzuführen, daß der Landtag sich geweigert hat, das von Paderewski in Paris gegangene Versprechen zur Einsetzung der polnischen Offensiv zu unterstützen.

Nach einer Meldung des „Illustrated Kurjer Godzienia“, die der „Pol.-Anz.“ wiedergibt, ist in Warschau eine Note Balfours eingetroffen, welche sich gegen selbständige militärische Operationen in Polen wendet. England droht, falls die Operationen nicht eingestellt werden, mit der Absperrung Polens von jeglicher Zufuhr. Diese Meldung ergänzt die Nachricht vom Rücktritt Paderewskis und wirft ein bescheidendes Licht auf die innerpolitische Spannung in Polen. Die nationalistischen Kreise in Polen wollen sich anscheinend nicht den Weisungen Englands fügen, die sich gegen eine polnische Offensivbewegung richten. Es hängt nun von der Haltung der deutschen Politik ab, ob der Kurs Englands über der der polnischen Chauvinisten die Oberhand gewinnt. Wird unsere Politik an der Ostfront von dramatisierenden Generalen und Kommandeuren der Grenzschutztruppen bestimmt, so ist zu befürchten, daß die allpolnischen Bestrebungen, mit französischer Hilfe, den Sieg davontragen über die gemäßigte Politik Balfours und Lloyd Georges. Die Folge wäre ein neuer Krieg im Osten, der unabsehbare Komplikationen mit sich brächte.

### Das Ende der Türkei.

Verfall, 17. Mai.

„Laut Temps“ sind die Wählermeinungen unklar, wonach schon ein endgültiger Beschluß bezüglich des Friedens mit der Türkei und der Austellung der ostatischen Türkei getroffen sei. Der Ministerrat habe lediglich vor drei Tagen gewisse Beschlüsse ins Auge gefaßt, welche etwa dahin gehen:

1. Die vereinigten Staaten erhalten Mandat für Bosnien und Serbien. Bestehen werden die Gebiete von Adana und Persina angegliedert, um ihm den Weg zum Mittelmeer zu sichern. Diese Lösung kann erst durch die Ratifizierung durch den amerikanischen Senat endgültig werden.

2. Griechenland erhält die Ägäensinseln, deren Hauptort Smyrna ist.

3. Italien erhält das Mandat über Süd-Anatolien mit Adana als Hauptort und Konstantinopel als Mittelpunkt. Die Nordgrenze wird durch die Dardanellen, welche Kleinasien von Osten nach Westen durchzieht, gebildet.

4. Nord-Anatolien, welches Brussa und Angora umfaßt, soll den eigentlichen türkischen Staat bilden. In diesem der Sultan residieren soll. Es ist davon die Rede, Frankreich zu beauftragen, die Unabhängigkeit dieses Staates zu wahren. Diese verschiedenen Lösungen sehen auf Einwendungen, welche noch nicht beseitigt sind.

### Der Friedensvertrag mit Oesterreich.

#### Die Frage der Verantwortlichkeit.

Paris, 18. Mai. (Havas.)

Der österreichische Friedensvertrag ist fast fertig. Die Bestimmungen über die Verantwortlichkeiten für den Krieg sind fast dieselben wie in dem Deutschland betreffenden Vertrag, aber der frühere Kaiser Karl wird nicht angeklagt.

#### 5 Milliarden Mark Entschädigung.

Paris, 17. Mai. (Reuters.)

Die Bestimmung im Friedensvertrag bezüglich der Forderungen an Oesterreich sieht die Bezahlung einer Entschädigung von fünf Milliarden Mark in Gold vor.

#### Der Beginn der Verhandlungen.

Verfall, 17. Mai.

„Laut Temps“ meldet, der Austausch von Vollmachten zwischen den Unternehmern und Oesterreich zwecks Prüfung der Lösung in Saint Germain statt. Die „Internationale“ berichtet, laut heute die erste Fühlungsprobe der österreichischen Delegationsmitglieder mit den Alliierten statt. Es wurde die erste Plenarsitzung der französischen, englischen und italienischen Delegierten mit den österreichischen Sachverständigen zur Besprechung der Frage der Reproblematik Oesterreichs abgehalten.

### Ins Ungarn.

#### (Eigenes Drahtbild: der „Freiheit“.)

Budapest, 17. Mai.

Die aus Wien eingetroffene Nachricht von einer ungarischen Regierung, die sich am 8. Mai in Krakau bildet, hat hier sehr Aufsehen erregt. Man hat sich bereits daran gewöhnt, daß immer eine halb ungarisch-österreichische Regierung, sofort eine „österreichische“ gebildet wird und erbildet im Kraker Versuch eine selbständige Parallelregierung des damals begonnenen ungarischen Unabhängigkeitskampfes rumänischen Vorkrieges.

Budapest, 18. Mai.

Das ungar. Tel. Corriere meldet: Der revolutionäre Regierung Rat beschloß das Verordnen sämtlicher ungarischer Staatsangehöriger einzulassen, welche im Ausland wer in besetzten Gebieten Ungarns den Sturz der Ordnung der Republik und die Wiederherstellung des alten Regimes anstreben. In dieser Angelegenheit erteilt das Budapest Revolutionstribunal.

### Eine englische Handelskammer in Adin.

Adin, 18. Mai.

Laut Cologner Post ist von englischen Kaufleuten die Gründung einer englischen Handelskammer in Adin beschlossen worden. Die Gründung wird in London eingetragen. In Adin wird zunächst ein Ausschussbureau eingerichtet, in dem

außer dem Sekretär der Kammer auch ein Vertreter der Wirtschaftskammer der englischen Wirtschaftskammer teilnehmen wird. Neben 50 führende englische Kaufleute waren auf der Gründungsversammlung vertreten.

### Eine unabhängige pfälzische Republik.

Braunschweig, 18. Mai.

Die „Frankfurter Zeitung“ veröffentlicht in einem Leitartikel unter der Überschrift „Eine unabhängige pfälzische Republik“, eine französische Danksagung über die Haltung, welche Offiziere und Mannschaften der Besatzungsarmee in der Pfalz gegenüber der Bevölkerung einnehmen sollen. In dieser Anweisung heißt es:

„Bisher beschränkte sich unsere Tätigkeit in der Pfalz darauf, uns dem Geist der Bevölkerung zu verschließen. Ohne der Zukunft vorzugreifen, erscheint es angemessen, die gegenwärtigen Umstände zu benutzen, um einen Schritt weiter zu gehen. Es kommt darauf an, die Neigung zum Separatismus zu beseitigen, indem man der linksrheinischen Bevölkerung begreiflich macht, daß es in ihrem materiellen und sittlichen Interesse liegt, sich vom rechten Ufer zu trennen.“

### Massentandgebung in Braunschweig.

Braunschweig, 18. Mai.

Die Unabhängige Sozialdemokratie und der Spartakusbund hatten heute eine Volksversammlung unter freiem Himmel veranstaltet, um gegen den von General Raeder im Auftrag der Reichsregierung über Braunschweig verhängten Belagerungszustand, gegen die Auflösung des Landesarbeiterrats und die unzulässigen Wohnnahmen der Reichsregierung zur Versorgung des Volkes mit Lebensmitteln zu protestieren. „Volksfreund“-Redakteur Oertler begründete die Auflösung des Landesarbeiterrats als einen ungeheuerlichen Eingriff in die braunschweigische Verfassung und forderte die Versammlung auf, wenn die Zeit gekommen sei, ihr Recht zu erkämpfen, sei es auch unter Einschaltung der eigenen Person. Während der Versammlung wurde bekannt, daß sich auf dem Platz Regierungssoldaten in Zivil auskleiden, die, wie unter den Versammelten erzählt wurde, von einem Offizier entsandt sein sollten, um die Arbeiterschaft zu provozieren. Einige dieser Leute wurden gefangen genommen. Bei diesen von ihnen wurden geladene Revolver gefunden, die ihnen abgenommen und der Versammlung gezeigt wurden. Die Erregung wurde dadurch immer größer, und erst nach einiger Zeit trat wieder Ruhe ein. Später erschien ein mit Regierungssoldaten besetzter und mit Maschinengewehren armerter Krustwagen auf dem Platz und durchfuhr dann die Straßen der Innenstadt. Aber die Menge hatte sich um diese Zeit bereits verlaufen.

### Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten

hatte zu gestern eine Versammlung einberufen, die zur Friedensfrage Stellung nehmen und gegen den Gewaltsamen demagogischen Vorstoß. Und wird darüber berichtet: Dader hielt das Referat, von dem aber die Versammlung wenig betriebligt wurde, wie aus den fortwährenden zum Teil sehr erregten Zwischenrufen erkennbar war. Ganz anders sah sich die internationale Bund der Kriegsbeschädigten an. Er vertrat den sozialistischen Standpunkt und richtete einen Appell an das internationale Proletariat. Es fand schließlich auch die von ihm vertretene Resolution etwa eine vierfünftel Majorität.

Anschließend formierte sich ein Demonstrationzug. Diverse Organisationen gingen getrennt. Sie strebten dem Reichsbund beizutreten zu. Der regierungsfremde Reichsbund wurde von Herrn Ober freundschaftlich begrüßt, der Internationale Bund dagegen kurz hinauskomplimentiert.

Herr Ober war auch sehr in Anspruch genommen. Die Kuratorkommission hatte sich in der Mittelstunde mit fünf russischen Einzelunden und verlangte vom Herrn Präsidenten ein „mannhaftes“ Wort. Nicht vergeblich. Sein Wort: „Wir erwarten, was kommen, was da wolle, der Frieden ist für uns unannehmbar“ fand hitzigen Echo. Dafür wurde dem Herrn Präsidenten die Anerkennung des kuratorkommissionären Sprechers und ein warmer Handdruck zuteil.

Da, man ließ ihn sogar hochleben. Dieser „unwürdige“ Abschluß rief die Empörung diverser nationalistischer übrigens sehr wohlgenährter Damen und Herren wach. Ein und wieder kam es auch zu solchen Nationalisten und Kriegsbeschädigten zu heftigen Wortgefechten. Deutschland, Deutschland über alles und ähnliche Reden zu hören. Kurzum, genau der Rummel wie im Juli 1914.

### Gewerkschaftliches.

#### Gemeinde- und Staatsarbeiter.

In der außerordentlichen Generalversammlung der Pilsener Groß-Berlin des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, die am Freitag abend im Gewerkschaftshaus stattfand, wurden zuerst einige schon in der letzten Generalversammlung gestellte Anträge erledigt. Besonders lebhaft wurde es bei der Verhandlung über einen Antrag, der erklärt, daß die städtischen Arbeiter es ablehnen, mit Angehörigen der sozialistischen Verbände zusammen zu arbeiten oder gesellschaftlich mit ihnen zu verkehren. Der Vorsitzende teilte mit, daß der Ausschuss der Gewerkschaftskommission und der Vollzugsausschuss mit der Regierung über diesen Antrag ausgehen, bis der Verhandlungen über diesen Antrag ausgehen, bis die Verhandlungen zu einem Resultat geführt haben. Die Disziplinärkommission handelte sich sämtlich gegen den Vorschlag des Vorsitzenden und befürworteten Annahme des Antrages, ebenfalls Annahme eines Protestes gegen das schändliche Urteil im Viehnecht-Luzemburg-Prozess. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Zum nächsten Gewerkschaftstongress sprach Herr Müller in längeren Ausführungen über den Aufgaben- und Tätigkeitskreis der kommenden Gewerkschaftstongresse und machte geltend, daß der kommende Kongress in Nürnberg alle seit der Revolution neu aufgetauchten Probleme zu behandeln hat. Besonders die Frage der Arbeiter- und Betriebsräte müsse dort gründlich bearbeitet werden.

In der anschließenden Diskussion wurde besonders stark hervorgehoben, daß es die Aufgabe des nächsten Gewerkschaftstongresses sein müsse, klärende Arbeit über die Taten von 1914-18 zu halten. Die Arbeitergemeinsinnigkeit bedeute nichts weiter, als die Gewerkschaften zu Bundesgenossen der Sozialdemokratie zu machen. Nicht die Arbeitergemeinsinnigkeit, sondern das Rätesystem sei die geeignetste Waffe, den Arbeitern Macht zu erringen und die Sozialisierung durchzuführen.

Die Aufstellung der Kandidaten zum Gewerkschaftstongress verlief kühlend. Von der erweiterten Verwaltung war in weiser Voraussicht dessen, was kommen würde, eine Liste

aufgestellt worden, die je zur Hälfte aus U. S. P. D. und S. P. D. bestand. Eine andere Liste aus der Verwaltung enthielt im wesentlichen dieselben Namen. Es lief eine Resolution ein, die forderte, nur Mitglieder der U. S. P. D. oder der S. P. D. zu wählen. Die Resolution wurde abgelehnt, dagegen der Antrag, auf den Stimmzetteln die Parteigebhörigkeit zu vermerken, mit 218 gegen 77 Stimmen angenommen. Die Mitteilung Büntners von der Verwaltung, daß er es infolge dieses Beschlusses ablehnen müsse, zu kandidieren, wurde mit großem Beifall aufgenommen. Es wurden dann als Kandidaten für die Arbeit aufgestellt: von der U. S. P. D. die Hölz, Prenglow, Hertel, Beng, Blau, Schänemann, Ell, Brunske und Birne; von der S. P. D. die Hölz, Gress, Giffert, Jannat, Rametmeier.

### Groß-Berlin.

#### Die „Ostergabe“ der Kriegsbeschädigten.

Zu unterm Artikel Nr. 235 schreibt uns ein Kriegsbeschädigter, daß er am Sonnabend in der Versorgungsabteilung in der Bülowstraße 88 war und von dort tätigen Beamten gehört habe, daß die 50 Mark nicht gezahlt werden sollen. Ein Feldwebel erklärte die Ankündigung dieser „Ostergabe“ für einen Scherz. Im Haus für dieses Gebäudes soll sogar ein Plakat hängen, daß verkündet, daß die 50 Mark nicht ausgezahlt werden. Wir erwarten, daß sich das Kriegsministerium zu dieser Sache in bestimmter Form äußert. Zu Scherzen ist die Zeit doch wirklich zu ernst.

Der Bürgererrat Groß-Berlin nimmt sich heraus, im Namen der Bürgererschaft Verdichte abzugeben. Dazu hat er nach seiner Richtung hin ein Recht. Er hat jetzt dem Oberbürgermeister Wermuth die Freundschaft gekündigt, weil Herr Wermuth in der Stadtdirektorenversammlung am 8. Mai kein Wort der Ablehnung gegenüber den am 7. Mai überreichten Forderungen der Entente gefunden habe. Für den Magistrat hat Herr Wermuth eine Erklärung abgegeben. Die Stadtdirektorenversammlung wollten die Bürgerischen zu einer Tribüne der Nationalisten benutzen, sie hätten das aber sehr ungeschickt angefangen. Sie wollten einen Dringlichkeitsantrag einbringen, was nur geschehen kann, wenn niemand widerspricht. Dagegen, daß dieser Antrag zur Verhandlung kommen sollte, war kein Widerspruch, aber die Herrschaften wollten auch, daß kein Widerspruch gegen ihre Auffassungen geltend gemacht werden sollte. Und das konnten unsere Genossen nicht zulassen. Deshalb haben die Herrschaften selber davon ab, den Dringlichkeitsantrag einzubringen. Jetzt sollen sie in ihrem Kerker über Herrn Wermuth der, der an dieser Sache gänzlich unschuldig ist. Aber im Namen der Bürgererschaft zu reden, dafür fehlt dem Bürgererrat jede Legitimation.

Er hat nichts zurückzunehmen, so erklärt Herr Wermuth, Mitglied des Vollzugsausschusses und Stadtdirektor der S. P. D. in der Sonntagsausgabe des „Vorwärts“. Mit einem Manne, der die Vorgänge am 9. November in Stille seines Parteivorstandes auf den Kopf stellt, kann man ernsthaft nicht reden. Die Arbeiter in den Betrieben, die damals mitgewirkt haben, wissen genau, wie die Rechtslogik nach am Vorgen des 9. November gebreitet haben. Schläuer Weise kommt Herr Wermuth auf seine Behauptungen über die Stadtdirektoren nicht mit einem Worte zurück. Aber er hat nichts zurückzunehmen, er tut so. Und dabei wissen selbst seine eigenen Fraktionskollegen, daß er die Unaufrichtigkeit gesagt hat; sie wachen darauf gar kein Hehl. Und die Aufmerksamkeit den dem Kernpunkte abzuwenden, erzählt er eine neue Geschichte. Er erzählt: „Im vergangenen Jahr gibt eine furchterliche Hebe von Seiten der Unabhängigen los, als unsere Genossen für die Vertretung des Gesetzes gestimmt haben, ebenso wählten die Unabhängigen den Ort bis zum vorigen Jahre ab. Und in diesem Jahre, in verantwortlicher Position gehalten, stimmen die Unabhängigen für den Ort sowie ohne Diskussion für die Vertretung des Gesetzes und des Woffers.“ Auch hier zeigt sich, daß Herr Wermuth von den Tatsachen keine rechte Vorstellung hat. Prinzipiell standen unsere Genossen immer auf dem Standpunkt, daß die städtischen Werke sich selber erhalten müssen, abgesehen von Einrichtungen, die der öffentlichen Gesundheitspflege und anderen öffentlichen Bedürfnissen dienen. Während des Krieges wurde zum Ausdruck kommen, daß die gestiegenen Produktionskosten auf den Krieg zurückzuführen sind, und die Kosten sollten deshalb auf Kriegskonto gebucht werden. Kosten, die zum Teil vom Reich erliefert werden sollten. Deshalb unsere ablehnende Haltung gegen die Godpreiderhöhung während des Krieges. Das braucht Herr Wermuth nicht zu wissen. Er braucht auch nicht zu wissen, daß seine jetzigen Fraktionsgenossen diesen Standpunkt mit unseren Genossen im Rathaus ebenfalls vertreten, solange sie in einer Fraktion waren. Wenn Herr Wermuth die früheren Verhandlungen im Rathaus nachlesen würde, müßte er das wissen. Aber es schadet sich ja selber, wenn man nichts weiß.

Der Neubauer am Kurfürstendamm noch nicht angefaßt. Nach den neueren Feststellungen muß es damit getrennt werden, daß der Mörder im Einbrecher oder Dieb ist, der sich entweder am Tage einschlichen und in einem der vielen Zimmer verborgen gehalten hat oder spät abends an der Außenfront des Hauses zu dem hohen Erdgeschoß emporgestiegen und durch ein Fenster eingestiegen ist. — Der Leichenfund im Viehnecht ist ebenfalls noch nicht weiter geklärt. Der im Kanal am Legeler Weg gelandete Kopf ist fotografiert. Dabier sind im Charlottenburger Polizeipräsidium einzusehen. Der Kopf selbst ist präpariert worden und befindet sich zur Ansicht für Personen, die Angehörige vermissen oder die Tote zu erkennen glauben, im Charlottenburger Leichenhaus in der Sophie-Charlottenstr. 4. Es wird noch besonders darauf hingewiesen, daß auch ein Teil der ausgelegten Leobnung von 8000 M. für solche Personen ausgelegt ist, die zur Freistellung der Persönlichkeit der Toten beitragen.

Auf die Ergreifung der Fuhrwerksdiebe, die am Donnerstag früh 4 Uhr, den Polizeiwachmeister Rohde erschossen, hat das Polizeipräsidium eine Belohnung von 1000 M. ausgesetzt. Es weist darauf hin, daß ein Rivallist im Alter von 20 Jahren und zwei Soldaten im gleichen Alter in Frage kommen, die am Krögen und linken Oberarm Wundenabdrücken trugen.

Eine Reihe Vergiftungen durch Schanzkuchen sind neuerdings festgestellt worden. Drei Personen sind bereits gestorben, andere schwer erkrankt und liegen in Krankenhäusern. Bei einigen Erkrankten trat Erblindung ein. Es handelt sich um den Gehirnschlag, den die Firma Wendi in der Wilmsherberger Straße vertrieb, die das Zeug von einem Buchhalter in Karlshorst bezog. Vorher war dieser Rogmal durch mehrere Hände gegangen. Die Schanzkuchen werden vor dem Bezug und den Verkauf dieses Rogmal als vergiftet.

Der Arbeiterklub der U. S. P. D.-Arbeiterclubs fällt infolge Krankheit des Genossen Däumig aus. Der Fraktionsvorsitz. Koch.

Die Tellerkammerung in den Thurnsflächen für die Inhabilitierten, die in der Donnerstagsversammlung vorgenommen wurde, hat die Summe von 599,89 M. ergeben.

Freie Schulschulgemeine für Proletariat, Arbeiterräte, Betriebsräte, Funktionäre aller Fraktionen. Der Kurs über den „Verkehr mit den Banken“ findet in der kommenden Woche am Dienstag, den 20. Mai, abends 7 Uhr, in der Rochstr. 18 statt. Der Arbeiterratsklub.

Die Friedensbedingungen werden am Mittwoch, den 21. Mai, abends 8 Uhr, in den Sammerflächen am Halleschen Tor bestritten.

